

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Rader & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Janfoure: Gebr. Arnold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummern 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Komparatregale 30 Goldpf., die 90 mm breite Restamegeile 150 Goldpf., für ausmüchtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 76

Dresden, Dienstag den 31. März 1925

36. Jahrg.

Die zweite Kandidatensuche

Während der Kandidat des Reichsbundes als einziger die Stimmenziffer gegenüber den Parteien von 7. Dezember zu erhöhen vermocht hat, verloren sämtliche Parteien mit ihren Kandidaten an Stimmen. Verhältnismäßig am wenigsten die Sozialdemokratie. So schreibt die Deutsche Tageszeitung in einer Wahlbetrachtung. Wir wissen nicht, wie das Platt zu dieser Rechnung kommt, aber jeder Volksschüler von der fünften Klasse aufwärts kann dem deutschen Nationalen Blatt beweisen, daß keine Rechnung falsch ist. Das gestern veröffentlichte Resultat läßt darüber keinen Zweifel. Nach diesem vorläufigen Gesamtergebnis missterten die Parteien, die hinter Jarres stehen, 10 387 593 Stimmen. Dagegen errangen in der Reichstagswahl vom 7. Dezember 11 020 923 Stimmen, das bedeutet einen Verlust von reichlich 600 000 Stimmen. Eine noch größere Verlustrechnung kommt für den Jarresblock heraus, wenn wir die Stimmen der republikanischen Parteien denen der schwarzweissen gegenüberstellen. Jarres, Held und Udenordorf zusammen erlangten 11 671 442 Stimmen, demgegenüber die 13 039 848 Stimmen entgegengehalten muß, die auf dieselbe Gruppe am 7. Dezember entfielen. Braun, Hellpach und Marx zusammen errangen am Sonntag 13 31 490 Stimmen (im Dezember Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum 13 916 917). Die Schwarzweissen haben also einen ungleich härteren Stimmenrückgang im ersten Wahlgang zu verzeichnen als die republikanischen Parteien; dies markieren mit 1 600 000 vor den Schwarzweissen vorwärts. Da die Kommunisten grundsätzlich gegen die Monarchie und für die Republik sind, darf man auch sie bei dieser Betrachtung den republikanischen Parteien zuzählen. Damit erhöht sich der Vorprung der Republikaner gegenüber dem schwarzweissen Block um über 3 Millionen.

Es kommt nicht darauf an, mit minutiöser Genauigkeit aufzuwarten, denn man kann bei dieser Rechnung einige Volksschüler mehr oder weniger zum Jarresblock rechnen. Viel mehr durch irgendwelche Zifferveränderungen des politischen Logers an der Blamage des mit so großem Fanfarenlärm in den Wahlkampf gerückten schwarzweissen Blocks nicht geändert. Dazu kommt, daß Jarres sich auf den Boden der Verfassung, wie er sie auffaßt, stellte und damit manden Wähler täuschte. Viele der Jarreswähler denken nicht monarchistisch, aber die erdrückende Mehrheit der Wählerchaft der republikanischen Parteien bekennt sich zur Republik. Die Jarresblätter können also an der Laftade des schwarzweissen Mißerfolgs und der auch durch diese Wahl bestätigten republikanischen Mehrheit durch keinerlei Rechnungen irgend etwas ändern.

Probleme der Wahlsonntag dem schwarzweissen Frühlings- und Hocherfestum eine Abgabe, so den Kommunisten eine regelrechte Katastrophe. Sie sanken nach dem vorläufigen Gesamtergebnis von 2 708 340 Stimmen des 7. Dezember auf 1 869 533. Das ist ein Verlust von rund 900 000 Stimmen oder 33 Prozent. Die kommunistischen Blätter bemühen sich, die Niederlage abzuschwächen. „Wahlenthaltung revolutionärer Arbeiter aus falschverstandenen Radikalismus“ überschreibt der Halleische Klassenkampf seine Wahlbetrachtung und meint, es wären zu viele kommunistische Anhänger nicht zur Wahl gegangen, weil ihnen die Präzedenzwahl gleichgültig gewesen sei. Das mag für einen Teil der kommunistischen Arbeiter so gut zutreffen, wie für einen Teil der sozialdemokratischen Anhänger. Die Parteien werden wahrcheinlich an der Wahlflaute gleichmäßig teilhaben. Auch für die Sozialdemokratie konnte der erste Wahlgang nur eine Kundgebung, ein Kräfte- und Willensprobe sein, denn es war für uns nicht daran zu denken, Braun etwa im ersten Wahlgang durchzubringen. Aber gerade die Kommunisten haben ihre Anhänger derart für bloße Demonstrationenpolitiker gedrückt und in einen chronischen Peinlichkeitskreis hineingeritten, daß gerade der kommunistische Anhang eine gute Exerziertruppe für den Sonntag hätte sein müssen. Es bleibt schon so: Nicht nur die Führer, auch die Klassenrennen ihnen davon und würden den SPD-Bonzen die Mitgliederbücher haufenweise vor die Füße werfen, wenn die meisten derer, die sich Kommunisten nennen, je ein Mitgliedsbuch gehabt und je Mitgliedsbeiträge bezahlt hätten. Was wir an der deutschen Roskauern von Wahl zu Wahl erleben, ist die Auflösung einer Bewegung, die als Partei begann und als zu Tode gereinigte Sekte endet wird.

Von einem wirklichen Erfolg kann nur die Sozialdemokratie reden. Trotzdem die Wahlbeteiligung gegen die der Dezemberwahlen um 10 Prozent zurückging, missterte die Sozialdemokratie nur 95 000 Stimmen weniger als im Dezember. Es ist kein Zweifel, daß ihr viele kommunistische

Stimmen zugestiegen sind, namentlich in Sachsen, wie man auch an dieser Wahl feststellen darf, daß die Verbekraft der sächsischen Sozialdemokratie von einer robusten Art ist. Die sächsische Partei hat im letzten Jahre schwere Erschütterungen durchzuwandern müssen. Der sächsische Konflikt ist heute noch nicht bereinigt und wirkt seine Schatten auf alle Kämpfe, die wir mit Gegnern anzufechten haben. Trotzdem bleiben wir in Sachsen nur um etwa 2000 Stimmen hinter dem Ergebnis der Dezemberwahl zurück! Ihrer Mitgliederstärke nach macht die sächsische Partei ein Sechstel der Gesamtpartei aus. Man habe die 2000 Stimmen neben die 95 000, die die Partei im Reich verlor, und man wird zugeben müssen, daß in Sachsen das Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie noch immer stärker und unerlöschlicher erscheint als in den meisten anderen Teilen des Reiches. Sofern man ein solches Ergebnis rein politisch werten kann, bedeutet es, daß die hinter uns lebenden Massen die Politik der sächsischen Gesamtpartei und ihre Stellung zu den inneren Fragen der Sozialdemokratie verstanden haben und billigen. Das sollte der Reichsregierung und verschiedenen Genossen außerhalb Sachsens, die da glauben, manchmal als Kritiker der sächsischen Parteimehrheit auftreten zu müssen, allerhand zu denken geben. Unser Wahlerfolg im Reich könnte noch stärker sein, wenn sich die Sozialdemokratie in allen Teilen des Reiches so gut geschlagen und ein so hartes Vertrauen ihrer Anhängererschaft aufgebracht hätte wie gerade in Sachsen.

Der Kern der kritischen Schlacht ist verrückt. Die zweite legt ein. Die Republikaner stehen vor dem „Was nun?“ Aus der schwarzweissen Presse erhellt man die Angst vor einer republikanischen Sammelkandidatur. Der Reichsbund tut zwar, als sei er heute schon von dem Sieg der Kandidatur Jarres auch für den zweiten Wahlgang überzeugt, aber er ist nichtsdestoweniger bestig bestrebt, hinter den Kulissen die Komminierung eines „überparteilichen Kandidaten“ zu ermöglichen, für den sich auch Zentrum und Demokraten erklären können. Was der Loebell-Ausschuß vergeblich versucht, was mit der Kandidatur Gehler angeht, wurde, soll noch einmal versucht werden. Man bemüht sich rechts drüber, die Lösung der preussischen Regierungskrise mit der Wahl des Reichspräsidenten zu verknüpfen. Die Zentrumspartei soll sich verpflichten, für den Sammelkandidaten des Reichsbundes einzutreten, damit Marx Ministerpräsident in Preußen werden kann. Wir glauben nicht, daß nach diesem Wahlerfolg noch eine solche Einigung von den Demokraten bis hinüber zu den Rathenaumördern möglich ist. Sollte sie wirklich zustande kommen, so ist der Sozialdemokratie auch um die weiteren Kämpfe nicht bangen. Über wie weit Zentrum und Demokraten dabei noch ganz und als Partei intakt bleiben, das wollen wir nach Tisch beobachten. Wahrcheinlicher als die von der Reaktion erhoffte Zerreißung der republikanischen Front erscheint uns noch immer die Verteidigung der drei Parteien auf einen republikanischen Kandidaten. Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird,

verhandeln die Parteien bereits und man nimmt an, daß bis Sonnabend ein Resultat erzielt ist. Jede unserer Parteiführer wird es sein, dahin zu wirken, daß ein republikanischer Sammelkandidat auf den Schild gehoben wird, dem die Wähler der härtesten republikanischen Partei Vertrauen schenken können.

Preußen vor Neuwahlen

Landtagauflösung als Ende der Wirren

SPD, Berlin, 30. März. (Eigener Feuilleton.) Am heutigen Tage treten sowohl der Reichstag als auch das preussische Parlament wieder zusammen. Auf der Tagesordnung des preussischen Landtages steht die Wahl des Ministerpräsidenten, über die bisher keine Klärung geschaffen ist — und wahrscheinlich ohne die Auflösung des Landtages auch keine Klärung geschaffen werden wird. Ein Vergleich der in Preußen abgegebenen Stimmen zur Präsidentschaftswahl mit der Landtagswahl vom 7. Dez. ergibt für die Regierung der Weimarer Koalition die absolute Mehrheit. Es ist infolgedessen wohl angebracht, daß sich der preussische Landtag heute mehr mit der Frage seiner Auflösung als mit der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten beschäftigt. Es ist bekannt, daß die Kommunisten berufsmäßig täglich die Auflösung des Parlaments fordern und in Preußen auch die Deutschen Nationalen einen entsprechenden Antrag eingebracht haben. Da im preussischen Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung die Bildung eines politischen Ministeriums nicht gelingt und gegen die Bildung einer Beamtensregierung aus Anlaß der Vorwissen in Oldenburg eine hegreifliche Abneigung besteht, ist die beste und ersichtlichste Lösung zweifellos das schnelle Landtag sende und die Ausschreibung der Wahlen zum 26. April. Es ist zu hoffen, daß diese Wahlen einen besonderen Erfolg der Weimarer Koalition bedeuten und daß dann in Preußen Otto Braun wieder in Gemeinschaft mit Severing den Kurs der festen Politik führen kann.

Auf Grund der am Montag im Interfraktionellen Ausschuß des preussischen Landtages geführten Besprechungen ist übrigens anzunehmen, daß sich die Parteien der Weimarer Koalition schnell auf eine Auflösung noch im Laufe dieser Woche einigen. Der Landtag wird in Preußen aufgelöst entweder durch eigenen Beschluß oder durch Beschluß des Ministerpräsidenten, des Landtagspräsidenten und des Vorsitzenden des preussischen Staatsrats. Für den Fall, daß die Reichsparteien einem in Dimission befindlichen Ministerpräsidenten das Recht zu einem Auflösungsbeschluß absprechen, genügt die Zustimmung des Landtagspräsidenten und des Vorsitzenden des preussischen Staatsrats. Marx könnte dann als Ministerpräsident in Dimission die Geschäfte Preußens bis zum 26. April fortführen.

Der Sozial. Pressedient schließt seine Meldung wie folgt: Es wäre die größte Genugtuung für die Republik, wenn nach dem 26. April auf der einen Seite der Wilhelmstraße Otto Braun für Preußen, auf der anderen ein ebenso großer Volksmann für das Reich einzziehen würde.

Europa atmet auf

Frankreich Demokratie über das Wahlergebnis

P. Paris, 30. März. (Eig. Draht.)

In den Kreisen der französischen Linken, wo man die der Wahl vom 7. Dezember gefolgte innerpolitische Entwicklung in Deutschland stets nur als eine Episode von vorübergehender Dauer angesehen hat, wird der starke Erfolg, den die republikanisch-demokratischen Parteien bei der Präsidentschaftswahl erzielt haben, mit aufrichtiger Genugtuung begrüßt. Man sieht darin einen neuen Beweis, daß die Republik in Deutschland sich zu verankern beginnt und das deutsche Volk in seiner Mehrheit die Politik der Reaktion und nationalpolitischen Abenteuer ablehnt, um gemeinsam mit den Demokraten der andern Länder an der Sicherung und Festigung des Friedens zusammenzuarbeiten. Wenn auch die Wahl infolge des getrennten Marzbes der einzelnen Parteien noch kein endgültiges Ergebnis gehabt hat, so ist man hier doch fest davon überzeugt, daß die drei Parteien der republikanischen Linken im höheren Interesse der Republik und des Friedens alle Rivalitäten begabren und durch

Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten

diesem den endgültigen Sieg über den Strohhalm der Reaktion und des verkappten Chauvinismus sichern werden. Besonders überrascht hat hier die außerordentlich hohe Zahl der Stimmen, die Genosse Braun auf sich vereinigt hat. Teilweise hat dieser wider Erwarten starke Erfolg hier sogar zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß es der Sozialdemokratischen Partei außerordentlich erschweren werde, ihren Kandidaten zugunsten eines bürgerlichen Mitbewerbers zurückzugeben. Allerdings sind solche Stimmen durchaus vereinzelte. In den führenden Kreisen der Linken und vor allem in der Sozialistischen Partei ist man der festen Überzeugung, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Bewußtsein dessen, was nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Sache der internationalen

Verständigung auf dem Spiele steht, vor dem ihr durch die politische Lage auferlegten Opfer nicht zurückstehen, sondern daß es innerhalb der sozialdemokratischen Wählerchaft weder an politischer Einsicht noch an Disziplin fehlen wird, wenn es gilt, der Sache der Demokratie durch eigenen Verzicht zum Siege zu verhelfen. In diesem Sinne äußern sich auch die Pariser Abendblätter vom Montag. So schreibt der Antragsgenant: Wenn auch die Weimarer Koalition noch nicht endgültig triumphiert hat, so wird sie es am 26. April sicherlich tun, wenn die drei republikanischen Parteien sich einig sind und sie damit die Wahl eines Linkspolitikers gesichert haben. Auch die Information gibt der Überzeugung Ausdruck, daß, wenn die Parteien der Weimarer Koalition auf die Disziplin ihrer Wähler rechnen können und die Möglichkeit benutzen werden, um ihre Propaganda zu vervielfältigen, der Erfolg eines republikanischen Kandidaten im zweiten Wahlgang außer jedem Zweifel steht. — Paris Soir geht in seinen Erwartungen noch weiter, indem er sagt, daß, wenn es am 26. April gelänge, einen gemeinsamen Kandidaten der Linken durchzubringen, die Stellung der Reichsregierung unter Stresemann als ernstlich erschüttert angesehen werden müßte.

Belgien erblickt nationalistischen Zusammenbruch

P. Brüssel, 30. März. (Eig. Draht.) Die belgische Presse betrachtet das Wahlergebnis als den Zusammenbruch der nationalistischen Hoffnungen. Die Tatsache, daß Jarres trotz der vereinigten Anstrengungen der Schwerindustrie und des Grundbesitzes sowie der Reichsregierung nicht mehr Stimmen gewann, wird als ein Zeichen dafür betrachtet, daß die nationalistisch-faschistische Reaktion in Deutschland an der Grenze ihrer Verbekraft angelangt ist. Der Reuple sagt, die deutsche Sozialdemokratie könne den Ausgang der Wahl als großen Erfolg dulden, da ihre Wählerzahl stetig